

Stimmende haben bei der Tagesschule die Wahl zwischen zwei Varianten

Stadtrat bringt sowohl sein günstiges Modell als auch das teure des Parlaments an die Urne

ISABEL HEUSSER

Am Ende blieb von der ursprünglichen Vorlage des Stadtrats nicht viel übrig: Um rekordverdächtige 51 Millionen Franken hatte die rot-grüne Mehrheit im Zürcher Stadtparlament im März die flächendeckende Einführung von Tagesschulen verteuert.

Die massiven Mehrkosten entstanden unter anderem, weil die Linken die Gebühren für die Tagesschule von 9 auf 6 Franken pro Kind und Tag senkten, womit nicht einmal mehr die Anlieferungskosten für das Essen gedeckt sind. Die SP hatte sich gar für eine kostenlose Tagesschule ausgesprochen, was im Parlament aber verworfen wurde. Weiter können Schulen im neuen Modell die betreute Mittagspause nach eigenem Gutdünken von 80 auf 100 Minuten erweitern, und im vom Parlament ausgebauten Modell erhalten Schulen pro Kind und Tag 28 statt wie vom Stadtrat vorgeschlagen 25 Franken.

Nach den Änderungen im Parlament erhöhen sich die Betriebskosten der

Neue Zürcher Zeitung, 27.5.2022

flächendeckenden Tagesschule gemäss Angaben der Stadt auf schätzungsweise 126 Millionen Franken; Stadtrat und Schulpflege hatten mit 75 Millionen gerechnet. Aus Sicht von Rot-Grün sind die höheren Kosten gerechtfertigt, weil der «pädagogische Mehrwert» für die Kinder überwiege.

Bei den Bürgerlichen kommt die Kostenexplosion hingegen schlecht an. Die FDP etwa sprach sich zwar für die Einführung von Tagesschulen auf dem ganzen Stadtgebiet aus, lehnte aber die von der Mehrheit des Parlaments beschlossenen Anpassungen ab. Gegen die Verordnung ergriffen schliesslich FDP, SVP, EVP sowie einige Grünliberale das Parlamentsreferendum.

Üblich wäre eigentlich, dass ausschliesslich die vom Parlament gutgeheissene Vorlage an die Urne kommt. Diesmal ist es anders: Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger können zwischen der Variante des Stadtrats und derjenigen des Parlaments wählen. Möglich macht dies das sogenannte Doppelantragsrecht, wie der Stadtrat am Mittwoch mitteilte. «Wir betreten da-

mit Neuland», sagt der Schulvorsteher Filippo Leutenegger (FDP) auf Anfrage der NZZ.

Weil aber die flächendeckende Einführung von Tagesschulen im Grundsatz auf viel Zustimmung stosse, sei es sinnvoll, den Stimmenden zwei Varianten vorzulegen. Der Gesamtstadtrat präferiert dabei sein ursprünglich ausgearbeitetes Modell. Man sei der Ansicht, dass der pädagogische Mehrwert die deutlich höheren Kosten in der Variante des Parlaments nicht aufwiege, sagt Leutenegger. Die Veränderungen würden zudem zu einem erheblichen organisatorischen Aufwand führen.

Hingegen ist der Gesamtstadtrat der Meinung, dass die ursprüngliche Verordnung Kindern, Eltern und Schulpersonal gerecht werde und gleichzeitig die langfristige Finanzierbarkeit im Auge behalte.

Die Tagesschule kommt voraussichtlich im September an die Urne. Bei einem Ja soll sie ab 2023 in Etappen in der ganzen Stadt eingeführt werden.